**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/12899**

**18. Wahlperiode** 23.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)**

**a) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Dr. Valerie Wilms, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**– Drucksache 18/12380 –**

**Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 14 – Meeresschutz**

**b) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Dr. Valerie Wilms, Peter Meiwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**– Drucksache 18/12109 –**

**Todesfalle Geisternetze – Artenvielfalt im Meer wirkungsvoll schützen**

## A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Meere und zur Umsetzung des nachhaltigen Entwicklungsziels 14 der Vereinten Nationen zu ergreifen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, Maßnahmen zum Schutz der Meere vor in der Fischerei verwandten frei umhertreibenden Stell- und Schleppnetzen sowie vor abgerissenen Scheuerschutzquasten (Dolly Ropes) aus Plastik zu ergreifen.

## B. Lösung

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/12380 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/12109 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Annahme der Anträge.

## D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 18/12380 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 18/12109 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

**Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

**Bärbel Höhn**
Vorsitzende

**Dr. Klaus-Peter Schulze**
Berichterstatter

**Frank Schwabe**
Berichterstatter

**Birgit Menz**
Berichterstatterin

**Steffi Lemke**
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus-Peter Schulze, Frank Schwabe, Birgit Menz und Steffi Lemke

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 18/12380** wurde in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 2017 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 18/12109** wurde in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 2017 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Einzelnen genannte umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes der Meere auf nationaler und internationaler Ebene zu ergreifen und bei der Ozean-Konferenz der Vereinten Nationen vom 5. bis 9. Juni 2017 in New York konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des nachhaltigen Entwicklungsziels 14 der Vereinten Nationen vorzuschlagen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Einzelnen genannte Maßnahmen zu ergreifen, um den Einsatz nachhaltiger Materialien in der Fischerei zu erreichen und insbesondere den Einsatz von Scheuerschutzquasten aus Plastik in der Grundschleppfischerei bis 2020 zu verbieten, Alternativen zu entwickeln, wirksame Kontrollen zu entwickeln, die Auffindbarkeit und Zuordnung der Fischfangeräte zu verbessern, Anreize für Fischer zur fachgerechten Entsorgung alter Fischernetze zu entwickeln, Maßnahmen zur Auffindung und Bergung von umhertreibendem Fischereigerät in den heimischen Gewässern und besonders in schützenswerten Gebieten zu unterstützen, die Aufklärung für Akteure der Fischereiwirtschaft über die ökologischen Konsequenzen von Geisternetzen zu intensivieren und über Alternativen zu informieren.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 85. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/12380 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 85. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/12109 abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 89. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/12109 abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf den Drucksachen 18/12380 und 18/12109 in seiner 122. Sitzung am 21. Juni 2017 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte das internationale Engagement der Bundesregierung im Bereich des Meeresschutzes, wies jedoch auch auf den nationalen Nachholbedarf Deutschlands bei diesem Thema hin. Die Bundesregierung müsse, wenn sie weiterhin international eine führende Rolle einnehmen wolle, die Ausweisung der Meeresschutzgebiete abschließen, Nullnutzungszonen etablieren und die Meeresverschmutzung durch Plastikmüll erheblich eindämmen. Erste Schritte hierzu seien eine Erneuerung der Abwassersysteme und ein Beimischungsverbot von Mikroplastik in Kosmetika. Es sei bedauerlich, dass die Bundesregierung diese Probleme noch nicht gelöst habe.

Die Fraktion habe einen eigenen Antrag zu verlorengehenden Fischernetzen, sogenannten Geisternetzen vorgelegt. Der von den Regierungsfraktionen angekündigte Antrag zu diesem Thema liege immer noch nicht vor. Geisternetze leisteten mit etwa 700 000 Tonnen einen relevanten Beitrag zur Plastikmüllverschmutzung und seien für Fische ein tödliches Hindernis, sodass sie zudem zur Überfischung der Meere beitrügen. Ein weiteres Problem seien die in der Grundschleppnetzfischerei verwendeten Scheuerschutzquasten aus Plastikfäden, der so genannten Dolly Ropes. Diese rissen häufig ab und trieben als nichtabbaubarer Plastikmüll durch die Meere. Man müsse sich deshalb für ein Verbot aussprechen und auf diesem Weg die Fischerei dazu zwingen, neue Fangmethoden zu entwickeln.

Die **Fraktion der CDU/CSU** berichtete, der Antrag der Koalition zur Reduzierung des Fischernetzverlusts und dem Abbau der Geisternetze befinde sich noch in Arbeit. Plastikmüll sei zwar durchaus in deutschen Gewässern vorhanden, jedoch nicht großflächig und massenhaft verbreitet wie zuvor von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dargestellt. Das Problem sei dennoch nicht zu vernachlässigen, da jährlich etwa 10 Millionen Tonnen weltweit in die Meere gelangen. In Bezug auf die Scheuerschutzquasten solle die Fischerei gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen an der Entwicklung neuer Fischfangmethoden und der Verwendung alternativer Materialien arbeiten, um den Eintrag von Plastik in die Meere einzudämmen.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich die Notwendigkeit, den Schutz der Meere durch mehr nachhaltiges Wirtschaften voranzubringen. Überfischung und Plastikverschmutzung seien nicht mit dem Nachhaltigkeitsziel vereinbar und daher dringend zu bekämpfen. Sie stellten ernsthafte Gefahren für die marine Umwelt dar. Es sei nicht zu verstehen, dass zu Geisternetzen und Scheuerschutzquasten aus Plastik noch keine Regelungen gefunden worden seien, obwohl jedes Jahr allein im Nordatlantik Netze in einer Länge verloren gingen, die der Entfernung zwischen Berlin und London entspreche. Dies müsse nun schnell mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD nachgeholt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass die Missstände in den Meeren bekannt seien und forderte die Bundesregierung dazu auf, die Initiative zu ergreifen und den Schutz der Meere und Ozeane auf internationaler Ebene verbindlich und kontrollierbar voranzutreiben. Beide Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiesen zurecht auf Mängel auf nationaler und europäischer Ebene hin. Um die maritime Artenvielfalt und deren Lebensräume zu schützen, aber letztlich auch zum Schutz der Menschen, müsse die Verschmutzung durch Plastik und Mikroplastik bekämpft werden. Es sollten nicht nur Geisternetze aufgefunden beziehungsweise vermieden werden, sondern auch gänzlich auf Lebensraum zerstörende und Beifang verursachende Fangmethoden verzichtet werden. Der Weg zu einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft gelinge nur durch die Entwicklung umwelt- und ressourcenschonender Fangmethoden und deren Etablierung im Alltag.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/12380 abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/12109 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

**Dr. Klaus-Peter Schulze**
Berichterstatter

**Frank Schwabe**
Berichterstatter

**Birgit Menz**
Berichterstatterin

**Steffi Lemke**
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.